

wahl ausländischer Werke für Übersetzungen und fürs Studium. Er bejahte zwar grundsätzlich, daß ausländische Literatur in China durch Übersetzungen, Herausgabe, Lehre und Forschung bekannt gemacht würde, rief aber zugleich dazu auf, bei der Auswahl eine wissenschaftliche Haltung einzunehmen, d.h. jedes Werk genau zu prüfen und unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus der sozialistischen geistigen Zivilisation zu betrachten. Insbesondere bemängelte He, daß man sich bei der Auswahl und Übersetzung ausländischer Literatur vielfach nicht vom Marxismus leiten ließe, so daß eine Reihe von ungesunden Werken und Werke mit falschen Tendenzen eingeführt worden seien, die bürgerliche Liberalisierung hätten entstehen lassen. Darum gelte es, die Kontrolle ("Führung") zu stärken, an den vier grundlegenden Prinzipien festzuhalten und die bürgerliche Liberalisierung auch auf diesem Gebiet zu bekämpfen. (GMRB, 18.4.87; RMRB, 19.4.87)

Der gegenwärtige Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung gibt den konservativen Kräften der chinesischen Kulturbükratie wieder einmal Gelegenheit, ihrer Meinung nach zu weitreichende westliche Kultureinflüsse einzudämmen. Sie würden am liebsten auf die Einfuhr westlicher Literatur nach China ganz verzichten, insbesondere moderner Literatur, und verweisen statt dessen auf das reiche kulturelle Erbe Chinas. Ihre Haltung, in der sich das traditionelle kulturelle Überlegenheitsgefühl der Chinesen widerspiegelt, kam unlängst in einem Artikel in der *Guangming-Zeitung* über nationale Selbstachtung und blinde Verehrung alles Ausländischen sehr anschaulich zum Ausdruck (vgl. GMRB, 21.2.87). Obwohl der Verfasser Zang Kejia in dem folgenden Zitat von berühmten philosophischen Werken aus dem Westen sprach, hätte er damit genausogut auch literarische Werke aus dem Westen meinen können: "... diese 'berühmten Werke' kritiklos, rein objektiv und in großer Zahl zu veröffentlichen und zu studieren, ... was für eine reale Bedeutung hat das im Grunde für uns? Was haben wir letztlich davon?" -st-

\*(35)

**Liu Xinwu weiterhin suspendiert**

Kürzlich gab der stellvertretende

Direktor des Volksverlages für Literatur, Jiang Binxiang, in einem Interview einer Hongkonger Nachrichtenagentur Einzelheiten über den Fall Liu Xinwu bekannt (Zhongguo Tongxun She, 22.4.87, nach SWB, 29.4.87). Der Schriftsteller Liu Xinwu war im Februar von seinem Posten als Chefredakteur der Literaturzeitung "Volksliteratur" suspendiert worden, weil er eine angeblich die Gefühle der Tibeter verletzende Erzählung von Ma Jian veröffentlicht hatte (vgl. C.a. 1987/2, Ü 24). Der Vizedirektor wiederholte im wesentlichen die offizielle Version des Falles und berichtete darüber hinaus, daß Liu Xinwu nach wie vor nur vorübergehend zwecks Selbstprüfung von seinem Posten als Chefredakteur suspendiert sei. Es stimme also nicht, daß Liu Xinwu zurückgetreten und woanders hingegangen sei. Im übrigen betonte Vizedirektor Jiang, daß sich an der Bewertung der Werke Liu Xinwus, von denen eine ganze Reihe im Volksverlag für Literatur erschienen sei, nichts ändern werde. Lius Meisterwerk, "Der Glocken- und Trommelturm", mit dem der Schriftsteller letztes Jahr einen nationalen Literaturpreis und den Mao Dun-Literaturpreis gewann, sei verfilmt worden und werde nach wie vor gut aufgenommen.

Jiang Binxiang nahm auch zum Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung Stellung, den er als eine rein parteiinterne Angelegenheit bezeichnete. Das Publikationswesen werde dadurch nicht beeinträchtigt. Die Publikationspläne seines Verlages seien lange ausgearbeitet worden, einschließlich der Pläne zur Veröffentlichung ausländischer Literatur. An diesen Plänen werde sich nichts ändern. Ausländische Literatur werde allerdings nur in Ergänzung zu chinesischer Literatur herausgebracht, die den Schwerpunkt bilde. Der Verlag bringe lediglich einige ausgewählte, repräsentative Werke der ausländischen Literatur heraus, d.h. im Gesamtprogramm des Verlages spielt ausländische Literatur keine große Rolle. -st-

\*(36)

**Fünfzig Jahre Xinhua-Buchhandlung**

Im April 1987 feierte die Xinhua-Buchhandlung (Xinhua Shudian) ihr fünfzigjähriges Bestehen. Sie wurde am 24. April 1937 in Yan'an gegründet, wo sie anfangs nur Publikationen von ZK-

Organen vertrieb. Die Schriftzüge des Firmennamens stammen von Mao Zedong, der den Namen zweimal - 1939 und 1948 - schrieb. Schon während des Krieges baute die Xinhua-Buchhandlung ihr Vertriebsnetz in den Stützpunktgebieten und anderen Gebieten Chinas auf. Im Februar 1949 gründete die Propagandaabteilung des ZK die Kommission für das Publikationswesen und erließ den Beschluß über die Zusammenfassung aller Xinhua-Buchläden. 1950 wurde vorübergehend eine Hauptverwaltung für die Xinhua-Buchhandlung eingerichtet, die jedoch im folgenden Jahr zugunsten dreier selbständiger Einheiten wieder aufgelöst wurde, nämlich der Xinhua-Buchhandlung, des Volksverlages (Renmin Chubanshe) und der Xinhua-Druckerei (Xinhua Yinshuachang). Seitdem konzentriert sich die Xinhua-Buchhandlung allein auf den Vertrieb von Büchern.

Ende 1986 unterhielt die Buchhandlung 8.866 Buchläden mit 100.000 Beschäftigten. (RMRB, 25.4.87; vgl. auch den Rückblick auf die Gründungszeit der Xinhua-Buchhandlung in GMRB, 15.4.87) Heute werden etwa 90% aller in China veröffentlichten Bücher über die Xinhua-Buchläden vertrieben (XNA, 25.4.87). -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(37)

**China nimmt weitere kommerzielle Auslandskredite auf**

Die Volksrepublik entwickelt sich zum führenden Kreditnehmer auf kommerzieller Basis, während andere Länder in Südost- und Ostasien versuchen, ihre Schulden zu reduzieren.

Die Shanghaier Filiale der Volksaufbaubank nahm einen Konsortialkredit in Höhe von 150 Mio. US\$ auf, um eine petrochemische Fabrik in Shanghai zu finanzieren. Diese Fabrik, die Äthylen herstellen soll, wird mit Kosten von mehr als 300 Mio. US\$ aufgebaut. Zeichner dieses Kredites in Höhe von 150 Mio. US\$ sind die Citicorp, die Industrial Bank of Japan, die Bank of Tokyo und die Banque Indosuez. Der Kredit ist in Hongkong organisiert. Man erwartet, daß weitere 15 Banken zeichnen werden. Die Laufzeit des Kredites beträgt zehn

Jahre. Die Zinsen basieren auf LIBOR, gegenwärtig etwas über 6,5%. Für die ersten acht Jahre der Laufzeit sind Zinsen in Höhe von 0,125% über LIBOR zu zahlen, diese Marge steigt auf 0,25% über LIBOR für die letzten beiden Jahre. Die zinsfreie Periode beträgt 4,5 Jahre.

Wie die *Volkszeitung* am 24. April 1987 mitteilte, hat die Bank of China Schuldverschreibungen in Höhe von 200 Mio. US\$ mit flexiblem Zinssatz auf dem Finanzmarkt von Singapur plaziert. Die Laufzeit der Schuldverschreibungen beträgt zehn Jahre.

Wie der Präsident der Asian Development Bank, Masao Fujioka, mitteilte, wird die Volksrepublik 1987 von der Bank einen Kredit in Höhe von 300 Mio. US\$ aufnehmen. (AWSJ, 8.4. und 30.4.87; RMRB, 26.4.87, zit. nach SWB, 14.1.87) -lou-

#### **\*(38) Neue Regelung für die Aufnahme von Auslandskrediten**

Am 1. April 1987 erklärte Staatskommissar Gu Mu auf einer Pressekonferenz, die vom Fernsehen übertragen wurde, daß die Zentralregierung zwei chinesische Provinzen, drei Städte, zwei Banken und zwei Gesellschaften ermächtigt habe, im Ausland Kredite aufzunehmen. Es handelt sich um die Provinzen Guangdong und Fujian, die regierungsunmittelbaren Städte Shanghai und Tianjin, die Stadt Dalian, die Bank of China, die Communications Bank, die Everbright Corp. und die China International Trust and Investment Corp. (CITIC).

Gu Mu erklärte, es gebe obere Grenzen für die von diesen Gebietskörperschaften bzw. Institutionen aufzunehmenden Kredite. Auch seien die Institutionen für die Rückzahlung der Kredite verantwortlich. Vor Aufnahme von Krediten müßten die zentralen Abteilungen informiert und konsultiert werden.

Gu Mu bezeichnete diese Entscheidung als korrekt; es gebe keine Risiken, da die genannten Gebietskörperschaften und Institutionen Erfahrungen mit Finanztransaktionen gewonnen hätten. -lou-

#### **\*(39) Joint Ventures: Uneinigkeit über die Ziele**

Die internationale Firma für Unternehmensberatung A.T.Kearney, London, erstellte zusammen mit dem International Trade Research Institute (ITRI) der Volksrepublik China eine Studie mit dem Titel "Manufacturing Equity Joint Ventures in China". 87% der befragten ausländischen Manager nannten als ersten Unternehmenszweck Zugang zum chinesischen Markt, 11% hatten es auf billige Produktionsfaktoren abgesehen. Dagegen nannten zwei Drittel der lokalen chinesischen Manager Zugang zu westlicher Technologie als ihr Hauptziel.

Mißverständnisse dieser Art entstünden, wenn sich der ausländische Investor nicht gründlich genug vorbereite, heißt es in der Studie. Viele Firmen, insbesondere aus den USA, hätten keine Erfahrungen mit Joint Ventures chinesischen Musters und oft falsche Vorstellungen, wie groß der Wettbewerb gegen lokale Produkte und Markenartikel aus Japan und anderen Teilen der Welt sei. Die erfolgreichen ausländischen Partner haben der Studie zufolge aus Erfahrungen mit anderen Joint Ventures in der Dritten Welt zurückgreifen können.

In den Interviews wurden Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung als die Hauptprobleme genannt, sodann Devisenknappheit, ein geringes Maß an Selbständigkeit sowie Transport- und Kommunikationsmängel. Dennoch gaben 94% der Befragten an, die bisherigen Ergebnisse stimmten mit den Erwartungen überein oder überträfen sie sogar.

Mit hochgespannten Erwartungen ist man offenbar gar nicht nach China gegangen. Das Ziel, schnelle Gewinne zu erzielen, steht offenbar nicht im Vordergrund. Die meisten Investoren betrachteten ihre Beteiligung noch nicht als strategisch, sondern als Markterkundung. Entsprechend klein sind die Summen, die man eingesetzt hat, weniger als 5 Mio. US\$ in 70% aller Partnerschaften. In den siebzig untersuchten Fällen reichten die gemeinsamen Investitionen von weniger als 1 Mio. bis 100 Mio. US\$. Die Volkswagen-Aktiengesellschaft ist mit einer Anlage von 30 Mio. US\$ größter Einzelinvestor aus dem Ausland. Die größeren Engagements wurden fast alle von europäischen Unternehmen eingegangen. (HB, 1.4.87) -lou-

#### **\*(40) Joint Ventures: Neue Regelungen**

Kleine chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen, deren registriertes Kapital bisher 100% der Gesamtinvestition betragen mußte, werden durch eine seit dem 1. März 1987 gültige Regelung bessergestellt. Großunternehmen erfahren eine etwas stärkere Belastung, für mittelgroße Unternehmen gilt der alte Satz zur Bestimmung des eingetragenen Kapitals weiter. Ausnahmen von diesen Einstweiligen Bestimmungen der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel sollen dem Vernehmen nach möglich sein.

Nach der Neuregelung muß das eingetragene Kapital eines Joint Venture bei einer Gesamtinvestitionssumme von bis zu einschließlich 3 Mio. US\$ nunmehr mindestens 70% dieses Wertes betragen. Liegt der Betrag über 3 Mio. und unter 10 Mio. US\$, so beläuft sich das eingetragene Kapital auf die Hälfte dieser Summe, mindestens aber auf 2,1 Mio. US\$, was 70% von 3 Mio. US\$ entspricht.

Werden hingegen mehr als 10 Mio. US\$, aber höchstens 30 Mio. US\$ eingebracht, sinkt der Prozentsatz auf 40% (vorher 33,3%). Bei einer Gesamtinvestition unter 12,5 Mio. US\$ liegt das registrierte Kapital bei mindestens 25 Mio. US\$. Steigt das Investitionsvolumen auf mehr als 30 Mio. US\$, so liegt der Prozentsatz für das registrierte Kapital bei 32,3% (vorher 25%), unter 36 Mio. US\$ muß es mindestens 12 Mio. US\$ betragen.

Im Rahmen einer Investitionserhöhung hatte das eingetragene Kapital entsprechend mitzuwachsen. Fälle, in denen ein chinesisch-ausländisches Gemeinschaftsunternehmen der Vorschrift nicht nachkommen kann, unterliegen der gemeinsamen Beurteilung des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel und der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel. (NfA, 22.4.87) -lou-

#### **\*(41) "Partnerland China" auf der Hannover-Messe**

Auf der diesjährigen Hannover-Messe, die vom 1.4. bis 8.4.1987 stattfand, war die Volksrepublik China das Partnerland. Die Volksrepublik stellte auf über 2.000 qm Ausstellungsfläche Exporterzeug-

nisse der verschiedensten Industriezweige aus. Im Rahmen eines Investitionsforums wurden ferner mehr als 100 Projektvorschläge aus einer Reihe von Provinzen und Städten interessierten ausländischen Kooperationspartnern unterbreitet. Ebenfalls wurden Vorstellungen zur Entwicklung des Tourismus in der Volksrepublik dargestellt.

Im Rahmen der Partnerland-Ausstellung standen - mit Förderung und Unterstützung der deutschen Bundesländer - Vertreter aus etwa 15 chinesischen Provinzen zu Einzelgesprächen über die vorgeschlagenen Projekte zur Verfügung. Alle Projekte wurden von den Provinzverwaltungen und der Zentralregierung in Zusammenarbeit mit der Industrieorganisation der Vereinten Nationen UNIDO ausgewählt und vorgeprüft.

Am 2. April 1987 fand auf der Hannover-Messe eine Podiumsveranstaltung unter dem Titel "Deutsch-chinesische Handels- und Kooperationsbeziehungen" statt, zu der der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft unter seinem Vorsitzenden Otto Wolff von Amerongen gemeinsam mit dem Staatsrat der Volksrepublik, Zhang Jingfu, eingeladen hatte. Wolff wies auf die bei der Ausstellung sichtbaren großen Fortschritte hin, die die chinesische Industrie und Landwirtschaft in den vergangenen Jahren gemacht hätten. Mit einem Anteil der gewerblichen Lieferungen an Fertigwarenimporten in die Bundesrepublik Deutschland von mehr als 80% weise die Volksrepublik China eine sehr positive Exportstruktur auf.

Wolff würdigte die Ausstellung zugleich als Ergänzung der inzwischen zahlreichen Niederlassungen chinesischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Darunter befindet sich das im Herbst 1986 in Frankfurt eröffnete Büro des China Council for the Promotion of International Trade (CCPIT), mit dem der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft bereits 1957 das erste deutsch-chinesische Handelsabkommen unterzeichnet hatte.

Staatskommissar Zhang unterstrich die Absicht seines Landes, an der Öffnungspolitik langfristig festzuhalten. Zur Beschleunigung der "sozialistischen Modernisierung" würden auch weiterhin ausländische Unternehmen ermutigt, sich in der Volksrepublik China wirtschaftlich zu engagieren. China bleibe gewillt, durch weiteren Aus-

bau der rechtlichen Infrastruktur, durch eine gewisse Sensibilität hinsichtlich verschiedener Kostenfaktoren, z.B. Arbeit, und durch besondere Maßnahmen das Investitionsklima weiter zu verbessern.

Ministerialdirektor Lorenz Schomerus vom Bundesministerium für Wirtschaft hob hervor, das chinesische Handelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland könne nicht durch eine Drosselung des Handels, sondern nur durch eine Steigerung chinesischer Exporte entschärft werden. Das Netz von zwanzig Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik, darunter das über wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1979, das bis 1995 verlängert wurde, das Investitionsschutzabkommen und das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung diene dem Ziel, die Volkswirtschaften füreinander zu öffnen und die Geschäftskontakte zu sichern.

Staatskommissar Zhang traf nach der Eröffnung der "Partnerland-Ausstellung" mit Wirtschaftsminister Bangemann zusammen. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen Perspektiven des bilateralen Wirtschaftsverkehrs. Die deutschen Importe chinesischer Waren beliefen sich 1986 auf 2,7 Mrd. DM und damit um 5,8% über denen des Vorjahres. Die Exporte in die Volksrepublik stiegen um 3,8% auf 6,2 Mrd. DM. Bangemann versicherte Zhang, daß die Bundesregierung Chinas Anliegen nach Vollmitgliedschaft im GATT unterstützen werde. (NfA, 6.4.87; HD, 7.4.87) -lou-

\*(42)

#### Deutsch-chinesische Geschäftsabschlüsse

Das Luft- und Raumfahrtunternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), Ottobrunn bei München, wird aller Voraussicht nach noch im Jahre 1987 mit der staatlichen chinesischen Flugzeugbauindustrie einen Vertrag über die erste Entwicklungsstufe eines gemeinschaftlich zu bauenden Verkehrsflugzeugs abschließen. Wie jetzt von der Geschäftsführung von MBB in Tokyo zu hören war, haben die jüngsten Verhandlungen in der Volksrepublik China keinerlei Schwierigkeiten oder Verzögerungen ergeben. Das neue, 100sitzige Flugzeug soll von der frühen Mitte der 90er Jahre an parallel in China und in Hamburg aus den von den verschiedenen Partnern angeliefer-

ten Baugruppen montiert werden. Auch mit der japanischen Luftfahrtindustrie ist gesprochen worden, die japanische Seite kann jedoch vor September 1987 keine Entscheidung über eine Beteiligung fällen.

Die Mannesmann Demag Sack GmbH, Düsseldorf, hat von der Wuhan Iron and Steel Co. den Auftrag zur Lieferung eines kompletten Kaltwalzwerkes erhalten. Der Gesamtwert der Anlage, an deren Lieferung die AEG als Konsortialpartner beteiligt ist, beträgt nach Angaben der Mannesmann Demag AG, Duisburg, 38 Mio. DM. Das Walzwerk, das im Frühjahr 1989 in Betrieb gehen soll, dient zur Herstellung von Walzband mit einer Jahresproduktion von 130.000 t.

Die Mannesmann Demag Wittig, Schopfheim, hat mit der China National Technical Import Corp., Beijing, einen Vertrag über die Lizenzfertigung und den Betrieb von Rotationsverdichtern abgeschlossen. Die Lizenzfertigung umfaßt, wie die Mannesmann Demag AG, Duisburg, berichtet, mehrere Typen sowohl in ölfreier als auch in ölgeschmierter Ausführung mit Luftkühlung. Der chinesische Lizenznehmer will den Angaben zufolge den heimischen Markt und verschiedene asiatische Märkte beliefern.

Einen Auftrag zur Lieferung von drei Stranggußanlagen für die Produktion von Edelstahlknüppeln erhielt Krupp Industrietechnik GmbH, Duisburg, von der China Metallurgical Import and Export Corporation in Beijing. Die Anlagen werden in den bestehenden Stahlwerken Changcheng, Shaanxi und Daye installiert. Mit Konstruktion und Fertigung wird sofort begonnen, die Fertigstellung ist für das Frühjahr 1989 geplant. Die zunächst vorgesehene Kapazität liegt bei 500.240 t bzw. 100.000 t im Jahr. Damit erhöhte sich die Zahl der von Krupp Industrietechnik gebauten bzw. modernisierten Gießmaschinen für Knüppel oder Vorblöcke aus Edelstahl auf 11 Anlagen mit 29 Strängen.

Die Reederei Hapag-Lloyd AG, Hamburg, hat einen Großauftrag mit einem Volumen von knapp 80 Mio. DM für den Neubau eines Containerschiffes an die Hudong-Werft in Shanghai vergeben. Wie die Reederei mitteilte, sah sie sich trotz langer Verhandlungen mit verschiedenen deutschen Werften wegen der großen Differenz der

Baupreise zu dieser Entscheidung gezwungen. Die Preisdifferenz zwischen der chinesischen Werft und der deutschen Konkurrenz beträgt nach Angaben der Reederei immer noch mehr als 30 Mio.DM. Der Neubau (rd. 50.000 BRT), der im Australiendienst eingesetzt werden soll, soll 2.700 Containereinheiten aufnehmen können. Der Liefertermin ist für Anfang 1989 vorgesehen.

Anfang 1988 wird in Wuhan voraussichtlich das erste nach dem deutschen Reinheitsgebot hergestellte Spatenbier aus dem Sudhaus fließen. Die Münchener Brauerei Gabriel Sedlmayr Spaten-Franziskaner-Bräu KG ist zwar an dem deutsch-chinesischen Joint Venture, das die Brauerei baut und derzeit für 50 Mio.DM mit Maschinen ausstattet, nur mit knapp 4% beteiligt, spielt aber als Lizenzgeber, Know-how-Vermittler und Ausbilder für chinesische Fachkräfte eine darüber hinausgehende Rolle. Von den 600.000 Hektolitern, auf die das Projekt in der ersten Baustufe ausgelegt ist, sollen allerdings nur 20% nach dem Reinheitsgebot hergestellt werden. Die für den chinesischen Normalverbraucher bestimmten 80% werden auf Rohfruchtbasis (z.B. Reis) gebraut. (FAZ, 23.3. und 14.4.87; NfA, 23.3., 1.4., 9.4. und 29.4.87) -lou-

hen ist daher der Umfang der im Bau befindlichen Projekte zu hoch.

2. Der Konsumbedarf wächst immer noch zu schnell. 1986 wurden die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt um 16% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Nach Abzug der Preissteigerungsrate lag die reale Zunahme bei 8,4% und übertraf damit die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, die bei 4% lag, bei weitem.

3. Die Struktur der Industrieerzeugnisse entspricht nicht der veränderten Nachfrage. Für viele Produkte liegen der Materialverbrauch und die Selbstkosten zu hoch.

4. Die Staatseinnahmen und Staatsausgaben weisen ein Defizit auf. Die Preise eines Teils der Waren sind zu sehr gestiegen, und die Deviseneinnahmen und -ausgaben sind nicht ausgeglichen. Dies spiegelt den ungelösten Widerspruch zwischen unbefriedigter gesellschaftlicher Nachfrage und Gesamtangebot wider und macht deutlich, daß in der Volkswirtschaft noch einige instabile Faktoren existieren.

Nur wenn die Wirtschaftsreform weiter gefördert werde und eine korrekte Politik und richtige Maßnahmen durchgeführt würden, so Song Ping, könnten diese Probleme gelöst werden.

Die Aufgaben für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Jahres 1987 bestünden darin, durch Produktionssteigerung und Sparsamkeit zur Erhöhung der Einnahmen und Reduzierung der Ausgaben sowie durch die Vertiefung der Reform die großen und mittelgroßen Betriebe zu beleben und die Weiterentwicklung der Landwirtschaft zu fördern, um ein Gleichgewicht zwischen der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage und dem Gesamtangebot herzustellen und eine gleichmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft sicherzustellen.

Die Landwirtschaft müsse gestärkt werden mit dem Ziel einer beachtlichen Steigerung der Getreideproduktion und anderer von der Gesellschaft dringend benötigter Agrar- und Nebengewerbeprodukte. Das Ziel für 1987 sei, einen Getreideertrag von 400 bis 405 Mio.t zu erreichen, 8,9 bis 13,9 Mio.t mehr als 1986. Gleichzeitig müsse es Bemühungen geben, die Produktion von Baumwolle, Öl-

pflanzen, Zuckerrohr sowie Tabak in guter Qualität zu steigern. Es müsse aktiv eine diversifizierte Wirtschaft entwickelt und die ländliche Wirtschaft zur allseitigen Prosperität geführt werden. Nach dem Planetenwurf soll der landwirtschaftliche Bruttoproduktionswert 1987, nach konstanten Preisen von 1980 berechnet, 313,5 Mrd.Yuan erreichen, mithin 4% mehr als 1986.

Die Produktionsstruktur der Industrie soll reguliert werden; der Schwerpunkt soll auf der Regulierung der Leicht-, Textil-, Maschinenbau- und Elektronikindustrie liegen. Die Produktion von Qualitätsprodukten und stark nachgefragten Produkten müsse ausgebaut werden. Zugleich müsse die Produktion von mangelhaften, minderwertigen und nicht absetzbaren Waren reduziert werden. Es werde angestrebt, in diesem Jahr 20% der vorhandenen Arten und Sortimenten der Leichtindustrie zu erneuern und eine Anzahl von neuen Produkten zu entwickeln. Im Bereich der Maschinenbau- und Elektronikindustrie werde der Schwerpunkt auf die Produktion von konkreten Anlagen für die Energiewirtschaft und Roh- und Werkstoffindustrie sowie von Lokomotiven und Waggons gelegt. Es müßten große Anstrengungen unternommen werden, die Produktion jener Produkte, deren Einzel- und Zubehöerteile importiert werden, zu nationalisieren.

1987 soll der industrielle Bruttoproduktionswert, in konstanten Preisen von 1980, auf 1.100 Mrd. Yuan steigen, 7% mehr als 1986. Des weiteren soll ein Ausgleich in der Entwicklung der Leicht- und Schwerindustrie erreicht werden.

Der Bau von Schwerpunktprojekten und der Ausbau der Produktionskapazität für Energie, Roh- und Werkstoffe und der Kapazität des Transport- und Kommunikationswesens soll verstärkt werden.

Geplant ist, insgesamt Generatoraggregate mit einer Kapazität von 5,5 bis 6 Mio.kW fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen. Davon entfallen 1 Mio.kW auf das nordchinesische, 1,1 Mio.kW auf das nordostchinesische, 1,2 Mio.kW auf das ostchinesische und 0,9 Mio.kW auf das zentralchinesische Stromversorgungsnetz. 1987 werde ein 500.000 Volt Stromübertragungs- und Transformationsprojekt für diese vier Regionen fertiggestellt. Die erste 500.000-Volt-UI-

## Wirtschaft

\*(43)

### Song Ping über den Wirtschaftsplan 1987 und Schwerpunkte der Entwicklung

Auf der 5.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses erstattete Song Ping, Staatskommissar und gleichzeitig verantwortlicher Minister für die Staatliche Planungskommission, einen Bericht über den Wirtschaftsplan für das Jahr 1987. Zunächst gab er einen Überblick über die Verwirklichung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1986. Trotz der auf allen Gebieten erzielten großen Erfolge gäbe es noch einige Probleme in der Volkswirtschaft, die dringend einer Lösung harren. Es seien dies folgende Probleme:

1. Die von den örtlichen Behörden bestimmten und außerplanmäßigen Investitionen gehen weit über den Staatsplan hinaus. Insgesamt gese-